

Kommunaler Wohnbau ist das Gebot der Stunde

Die Stadt Graz setzt gerade in Zeiten der Teuerung auf den Ausbau des kommunalen Wohnbaus. 301 Gemeindewohnungen konnten seit 2021 übergeben werden, jetzt wurde der Bau weiterer 70 Wohnungen auf Schiene gebracht.

Die eigene Wohnung ist für viele Menschen nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern steht für Geborgenheit und einen Rückzugsort, an dem man sich sicher fühlen und entfalten kann. Ein Ort voller Erinnerungen und persönlicher Geschichten. Wohnen ist ein essentielles Grundbedürfnis.

Wer profitiert von teuren Mieten?

Auf dem privaten Wohnungsmarkt jedoch wird etwas so Überlebenswichtiges wie Wohnraum zur Ware und ein lukratives Geschäft für Spekulanten. Die Folgen sind fatal: Mietpreise schießen in die Höhe, während immer mehr Wohnungen leer stehen.

Befristete Mietverträge schüren die Unsicherheit unter den Bewohner:innen.

In einer Zeit, in der die Wohnungsnot vielerorts zunimmt, wird der Ausbau leistbaren öffentlichen Wohnraums zu einem zentralen Auftrag an die Politik.



„Neue Gemeindewohnungen sind gerade angesichts der ungebremssten Teuerung am freien Wohnungsmarkt wichtiger denn je für eine soziale Wohnungspolitik. Darum investieren wir auch weiterhin in leistbaren Wohnraum“, sagt Bürgermeisterin Elke Kahr.

FOTO: KPÖ

Kommunaler Wohnbau gegen Mietenwucher

Daher setzt die Stadt Graz vermehrt auf den Bau von kommunalen Wohnungen. Hier gibt es markante Unterschiede im Vergleich zu den durchschnittlichen Mietpreisen am privaten Sektor. Wenn genügend Leute gut und bezahlbar wohnen können, hält das auch den privaten Wohnungsmarkt in Schach.

Bürgermeisterin **Elke Kahr** hat sich zum Ziel gesetzt, in ihrer Amtszeit 500 neue Gemeindewohnungen zu übergeben. Mit den neuen Wohnungen am Grünanger, in der Ziehrerstraße, am Mühlriegel und in der Plüddemanngasse,

die von ihren Bewohner:innen bezogen wurden, sind bereits 301 Gemeindewohnungen fertiggestellt. Die Stadt setzt auf hohe Lebensqualität für die Bewohner:innen: In den Wohnvierteln gibt es viel Grünraum, Spielplätze sowie Sportplätze.

Nachfrage gestiegen

Die Nachfrage nach städtischen Wohnungen ist zuletzt stark gestiegen: Wohnen Graz verzeichnete rund 55 Prozent mehr Anträge. Für den Bau neuer Wohnungen ist es auch wichtig, Flächen für die Stadt Graz zu sichern. Im September 2023 wurde daher ein Grundstück im Bezirk Jakomini erworben, wo in

Zukunft 90 Gemeindewohnungen errichtet werden.

70 neue Gemeindewohnungen auf Schiene

Bei der letzten Sitzung am 15. Februar hat der Gemeinderat den Bau 70 neuer Gemeindewohnungen in der Forstergasse im Bezirk Wetzelsdorf auf Schiene gebracht. „Neue Gemeindewohnungen sind gerade angesichts der ungebremssten Teuerung am freien Wohnungsmarkt wichtiger denn je für eine soziale Wohnungspolitik. Darum investieren wir auch weiterhin in leistbaren Wohnraum“, sagt Bürgermeisterin **Elke Kahr**.

Neues Pfadfinderheim in Straßgang



„Jeden Tag eine gute Tat“ – Elke Kahr mit Pfadfinderin Julia P.

Anfang Februar fand der Spatenstich für das neue Heim der Pfadfindergruppe 10 in der Straßganger Straße statt. Die bunten Waggons bleiben stehen, daneben wird das Heim zweistöckig errichtet – Photovoltaik-Anlage und Dachbegrünung inklusive.

Die Pfadfinder, die Stadt Graz und das Land Steiermark tragen

jeweils ein Drittel der Kosten. „Gemeinschaft, Zusammenhalt, Abenteuer, Erlebnisse in der Natur, für andere da sein: Das kann man in Jugendgruppen wie den Pfadfindern erleben und lernen. Dabei entstehen oft Freundschaften und Beziehungen, die ein ganzes Leben halten“, sagt Bürgermeisterin **Elke Kahr**.

Kinder-Sport: Vorrang für SozialCard-Besitzer:innen

Die Stadt Graz bietet Kindern und Jugendlichen ein vielfältiges und vor allem kostengünstiges Angebot an Sportkursen. Durch die Teuerungen kommen aber immer mehr Familien in die Situation, dass finanzielle Prioritäten gesetzt werden müssen – dadurch bleibt der Sport oft auf der Strecke. Die Grazer SozialCard, ist ein gutes Instrument hier entgegen zu wirken, denn mit ihr bekommt man die Kurse noch günstiger. Für die Sportkurse gibt es aber nur begrenzte Plätze – und die sind schnell ausgebucht. „Um sicher zu gehen, dass die Familien, die es sich nicht so gut leisten können, eine Chance haben, ihr Kind in einem der Kurse unterzubringen, könnte man von den bestehenden Plätzen ein gewisses Kontingent für



Kinder von SozialCard-Besitzer:innen reservieren“, schlägt KPÖ-Sportsprecher **Horst Alič** vor: „Ein kleines Kontingent an Plätzen für SozialCard-Inhaber:innen, abgestimmt auf die Nachfrage der letzten Jahre, zum jeweiligen Angebot sollte keinen großen finanziellen oder administrativen Mehraufwand bedeuten. Werden die Kontingente nicht vergeben, kann man sie der Allgemeinheit zur Verfügung stellen.“
Aufhorchen ließ Sportstadtrat **Kurt Hohensinner** (ÖVP): Er und die Volkspartei sind dagegen, dass Familien mit kleinem Einkommen bessere Chancen auf die kostengünstigen Kurse bekommen. Letztlich wurde Aličs Antrag aber mehrheitlich gegen die Stimmen der ÖVP, NEOS und FPÖ angenommen.

Lärmschutz für Sportplatz-Anreiner:innen

Das Thema Lärm sorgt häufig – insbesondere in Zusammenhang mit Sport- und Freizeitanlagen – für Konflikte. Da die meisten Menschen sportliche Aktivitäten in ihrer Freizeit ausüben, kann es besonders in den Abendstunden und an den Wochenenden laut werden. Gleichzeitig suchen Anreiner:innen der Sportanlagen aber Ruhe und Erholung. „Beim Bezirkssportplatz in der Vinzenzgassee waren Konflikte nach dem Bau einer angrenzenden Wohnan-



lage eigentlich vorprogrammiert. Auf Lärmschutzmaßnahmen hat man hier schlichtweg vergessen“, kritisiert KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. „Zwar wurden die Öffnungszeiten des Bezirkssportplatzes vor kurzem angepasst, während der Öffnungszeiten ist der Lärmpegel aber noch immer sehr hoch.“ Sikora hat darum einen Antrag zur Errichtung einer Lärmschutzwand entlang des Sportplatz-Zaunes im Gemeinderat eingebracht.



Bei Lichtverschmutzung handelt es sich um die künstliche Aufhellung des Nachthimmels durch Leuchtreklamen, Gebäudebeleuchtungen und Straßenlampen. Die Lichtverschmutzung nimmt uns aber nicht nur den Blick auf den Nachthimmel, sie schadet auch Insekten, Faltern und Vögeln. Auch der Mensch wird dadurch negativ beeinflusst, da der gesunde Schlaf durch das überdosierte, künstliche Licht oftmals gestört wird. Die Stadt Graz hat in den letzten Jahren signifikante Teile ihrer Straßenbeleuchtung auf intelligente LED-Lampen umgestellt und arbeitet kontinuierlich daran, die Straßenbeleuchtung zu modernisieren. Die städtische Tochterfirma Ankünder schaltet seit etwa einem Jahr



von Mitternacht bis 5 Uhr alle Leuchtreklamen – außer bei den Haltestellen – aus. „Ein bewusster Umgang mit Lichtquellen kann sowohl das Sicherheitsempfinden der Menschen garantieren, als auch zum Energiesparen und zur Reduktion der Lichtverschmutzung beitragen“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Max Zirngast**. Er fordert daher Wirtschaftstadtrat **Günter Riegler** (ÖVP) dazu auf, in Kooperation mit der WKO ein Konzept zu erarbeiten, dass Grazer Unternehmen motiviert, ihre Lichtemissionen durch Leuchtreklamen und beleuchtete Auslagen zu minimieren. Der Antrag wurde mehrheitlich gegen die Stimmen von ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ und den parteilosen Roland Lohr angenommen.

Neuer Altstadtanwalt

Graz hat einen neuen Altstadtanwalt: **Rainer Beck** folgt dem im Dezember verstorbenen **Armin Stolz** nach. „Die Grazer Altstadt ist ein historisches Juwel und UNESCO-Welterbestätte. Sie darf nicht der Bauwelt der Investoren ausgesetzt und muss bestmöglich geschützt werden“, betont KPÖ-Klubobfrau **Christine Braunersreuther**.

Wolfgang-Pucher-Gasse

In Lend, gibt es nun eine Wolfgang-Pucher-Gasse, benannt nach dem „Armenpfarrer“ und Gründer der VinziWerke.

„**Wolfgang Pucher** hat ein großes Erbe der Menschenfreundlichkeit und der Hilfe für alle hinterlassen. Mit seiner Persönlichkeit und seinem unermüdeten Engagement wird er immer ein Beispiel für Menschlichkeit bleiben. Daran will die Stadt Graz mit der Benennung jener Gasse, mit der er so eng verbunden war, erinnern“, so Bürgermeisterin **Elke Kahr**.

Rotkreuz-Zentrale: 15 Mio. Euro für Neubau



In der Herrgottwiesgasse in Graz-Puntigam entsteht die neue, moderne Zentrale des Roten Kreuzes.

FOTO: FLO REGI/UNSPLASH

Mit einem Drittel der Gesamtkosten von 45 Millionen Euro beteiligt sich die Stadt Graz an der Neuerrichtung der Landeszentrale des Roten Kreuzes. Das hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen.



Auf 17.000 Quadratmetern umfasst der Neubau nicht nur die Rettungsleitstelle mit dem Einsatzzentrum, sondern auch das Bildungszentrum, in dem die beruflichen und freiwilligen Mitarbeiter:innen und die Zivildienstler aus- und weitergebildet werden.

„Das Rote Kreuz ist eine wichtige Säule unserer Gesellschaft und erfüllt viele Auf-

gaben: angefangen beim Rettungs- und Notarztwesen über den Blutspendedienst bis hin zur Sozialberatung von Menschen in Notlagen. Finanziell gesehen stellt die Unterstützung mit 15 Millionen Euro für die Stadt aufgrund der derzeit

angespannten finanziellen Lage eine enorme Herausforderung dar. In gesellschaftspolitischer Hinsicht sind wir jedoch sehr stolz darauf, dass in unserer Stadt die steiermarkweite Zentrale des Roten Kreuzes errichtet wird und somit die Gesundheitsversorgung für die Grazer Bevölkerung verbessert wird“, so Finanzstadtrat **Manfred Eber** (KPÖ).

Masterplan für Photovoltaik

Graz gibt sich große Ziele: Der Magistrat und die Tochtergesellschaften der Stadt wollen bis 2030 klimaneutral werden. Mit großen Photovoltaik-Anlagen soll davon künftig ein maßgeblicher Anteil – zumindest 40 Prozent des Strombedarfs von derzeit etwa 71 Gigawattstunden – als erneuerbare und lokale Energie erzeugt werden.



„Damit wird Graz unabhängiger vom planlosen Wildwuchs auf den internationalen Strommärkten. So können auch die Strombezugskosten verringert werden“, erklärt KPÖ Gemeinderätin **Miriam Herlicska**. Die Investitionen könnten sich bereits nach 15 Jahren rechnen.

Die Umsetzung des Masterplans bedeutet außerdem

eine deutliche Reduktion der CO₂-Emissionen.

Zusätzlich zu vielen kleinen und mittleren Flächen auf Dächern werden auch im großen Stil PV-Anlagen errichtet – etwa auf Dächern der Grazer Messe oder auf Freiflächen am Flughafen oder der Holding Graz Wasserwirtschaft.

Einstimmig sprach sich der Grazer Gemeinderat für das erste Umsetzungspaket 2024–2026 aus.

KOMMENTAR



Mieterinnen und Mieter brauchen Sicherheit

Bis in die 1990er-Jahre waren Mietverträge in Österreich unbefristet. Die Befristung wurde als Ausnahmeregelung eingeführt und wird seither immer öfter zur Regel. Die Arbeiterkammer weist darauf hin, dass heute schon jeder zweite Mietvertrag befristet ist.

Befristungen bringen viele Probleme mit sich: Das beginnt bei der ständigen Ungewissheit, nach Ablauf der Befristung in der Wohnung bleiben zu können. Vor allem für ältere und finanziell nicht so gut gestellte Menschen ist das eine große Belastung.

Auch Investitionen – beispielsweise in eine neue Küche – sind sehr riskant, wenn der Vermieter den Vertrag nicht, oder wie bei Neubawohnungen möglich, nur verlängert, wenn der Mieter bereit ist, eine höhere Miete zu bezahlen.

Bei unserern Gemeindewohnungen in Graz ist das anders: Hier gelten unbefristete Mietverträge. Auch deshalb ist es so wichtig, dass die öffentliche Hand weiter leistbare Wohnungen errichtet. Denn das gibt Sicherheit.

In Graz bleiben wir da dran (siehe Artikel auf Seite 1). Das Menschenrecht auf Wohnen darf man nicht den Verirrungen des Marktes überlassen.

Ihre Bürgermeisterin **Elke Kahr**

SO ERREICHEN SIE ELKE KAHR:

Rathaus, 2. Stock

Tel.: 0316 872-2000

Mail: buergermeisterin.kahr@stadt.graz.at

„GRAZER WEG“ ALS VORBILD FÜR DIE GANZE STEIERMARK

Mehr Lohn und zusätzliche Entlastung

Jahrelang wurde gegen die prekären Arbeitsverhältnisse von Kindergarten- und -krippenpersonal nichts unternommen.

Die aktuelle Stadtregierung aus KPÖ, Grünen und SPÖ hat innerhalb kürzester Zeit effektive Maßnahmen umgesetzt, die in der ganzen Steiermark Schule machen und die zu deutlichen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen führen.

Neues Gehaltsschema

Personalstadtrat **Manfred Eber** (KPÖ) hat ein neues Gehaltsschema für die städtischen Mitarbeiter:innen in der Kinderbildung und -betreuung erarbeitet, das den Pädagog:innen ein um 200 Euro besseres Einstiegsgehalt garantiert. Dieses Entlohnungsschema wurde nun von der Landesregierung als Vorbild genommen und ist für die gesamte Steiermark gültig. So ist es gelungen, im ganzen Land eine einheitliche Entlohnung zu gewährleisten und vor allem die Einstiegsgehälter anzuheben. „Wir tragen als Stadt die Mehrkosten der auch für private Träger. Insgesamt stellen wir 2 Millionen Euro zur Verfügung“, so Eber.



FOTO: NEWMANJA MANDIC / ADOBE STOCK

Das Land Steiermark übernimmt das Grazer Gehaltsschema für Elementarpädagog:innen.

Personalpaket bringt Verbesserungen

Auch bei einem zweiten Grazer Vorstoß ist die Landesregierung nachgezogen. Im Juni 2022 wurde ein in dieser Größe noch nie dagewesenes Personalpaket für die städtische Kinderbetreuung: 54 Vollzeitstellen wurden zusätzlich geschaffen. Damit

wurde eine Überschneidungsstunde eingeführt, die zu einer Entlastung des Personals in der anspruchsvollen Mittagszeit geführt hat. Auch die Qualität der Kinderbetreuung ist merklich gestiegen. Weiters ist es durch die neuen Arbeitsplätze zu einer spürbaren Zunahme von Vollzeitstellen gekommen.

Erfreulich ist, dass das Land Steiermark seit letztem Herbst solche Überschneidungsstunden finanziell unterstützt. „Zwar nicht in dem Ausmaß, den wir uns gewünscht hätten, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung“, so Eber, der sich mit der Vorbildwirkung des sogenannten Grazer Wegs zufrieden zeigt.

Gemeinderatssitzung 15.02.

Im Gemeinderat beschlossen

- ✓ Bau von 70 Gemeindewohnungen
- ✓ Mehr Lohn und Entlastung für Elementarpädagog:innen
- ✓ Sportkurse-Kontingent für Kinder von Sozialcard-Besitzer:innen
- ✓ Maßnahmen gegen Lichtverschmutzung

